

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **1 (1921-1922)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau.

Schweizerische Umschau.

Der Kampf um den neuen provisorischen Gebrauchsolltarif ist mehr als nur ein Kampf um die Höhe der einzelnen Zollpositionen. Einmal ist er ein Kampf zwischen der Konsumentenschaft, d. h. demjenigen Teile der Bevölkerung, der sich selbst den Charakter des Produzenten abspricht und stolz verkündet, daß sie nur konsumiert, und den Bauern, die vielleicht hie und da vergessen, daß sie auch konsumieren. Grundsätzlich aber handelt es sich um einen Kampf der Anhänger des Schutzes der nationalen Produktion mit den Anhängern des Freihandelsystems. Der Anhänger des Schutzes der nationalen Produktion erstrebt eine Befriedigung des inländischen Bedarfs an lebensnotwendigen Gütern durch die inländische Produktion, soweit diesem Bestreben nicht durch die Natur und höhere Mächte überhaupt natürliche Schranken gesetzt worden sind. Der Schutz der nationalen Produktion konsequent bis zum Ende gedacht — ein Prozeß, den man in der Schweiz und in politischen Kreisen oft nur widerwillig vornimmt — bedeutet mehr als die Intervention des Staates im Wirtschaftsleben, er bedeutet das Postulat des Rechtes der Organisation der nationalen Wirtschaft, der gesamten Volkswirtschaft durch den Staat. Diese Regelung braucht nun durchaus nicht in Formen des Staatssozialismus zu geschehen, braucht in keiner Weise das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln wesentlich anzutasten, sie besteht rechtlich vielleicht nur in der Möglichkeit, daß der Staat gegebenenfalls seine Hand in das Getriebe steckt, daß er größter Wirtschaftler werden kann, daß er verfassungsmäßig berechtigt wird, wirtschaftende Individuen und ganze Industriezweige in ihrer Tätigkeit zu hemmen oder zu fördern. Wer vom Schutze der nationalen Produktion spricht, der gibt die liberale Wirtschaftsordnung auf. Wer vom Staate Schutz verlangt, der darf sich nicht verwundern, daß der Protektor seinen Schutz abhängig macht von seiner, des Schütlings Bereitwilligkeit, sich gegebenenfalls in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit an Direktiven zu halten, die der Staat ihm erteilt, damit seine staatlich geschützte wirtschaftliche Tätigkeit tatsächlich im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des Staates vor sich geht.

Umgekehrt: Wer heute den Freihandel verlangt, grundsätzlich, beweist damit, daß er ein Fallen der Zollgrenzen erstrebt, als ideales Ziel, und daß er ferner unbedenklich einen Teil der nationalen Produktion der Weltwirtschaft opfern will, wenn damit die ungehinderte und billige Versorgung des Landes mit Rohstoffen und Lebensmitteln, vielleicht auch Ganz- und Halbfabrikaten, erleichtert wird, die im Inlande nicht oder nicht in genügender Menge erzeugt werden, oder die aus verschiedenen Ursachen, denen wir von uns aus nicht beikommen können, in der Schweiz viel teurer hergestellt werden als im Auslande. In jedem Lande sind diejenigen Erwerbszweige freihändlerisch, die exportieren, mit dem Auslande auf ausländischen Märkten in Wettbewerb treten müssen und die mit der Weltwirtschaft innig zusammenhängen, denen die Preise der Produkte im Auslande diktiert werden, weil sie ganz oder zum großen Teil nur für das Ausland arbeiten oder die sich,

wie wir oben schon anführten, als Nur-Konsumenten bezeichneten. Sie sind wohl mit Zöllen einverstanden, die, als Kampfzölle, in den Handelsvertragsunterhandlungen mit dem Auslande geeignet sein können, vom Ausland, wohin man ja exportieren will, Konzessionen zu erhalten; man droht mit den Zöllen auf Industrieerzeugnisse und Lebensmittel, um, wenn das Ausland unserem Export die Grenzen öffnet, die Zölle nicht zu erheben.

Wenn heute gewisse Kreise der Exportindustrie den neuen Gebrauchszolltarif unterstützen, so geschieht dies, weil sie diesen Gebrauchszolltarif eben doch nur als Kampfzolltarif auffassen. Diese Auffassung hat eine Art Bestätigung in der Rede des Bundespräsidenten Schultheß am Winterthurer Volkstag vom 11. September erhalten. Herr Schultheß hat in seiner Verteidigung des neuen Zolltarifs ausgeführt, daß die Gegner desselben dem Bundesrat eine Waffe aus der Hand schlagen wollen, die dieser bei den kommenden Handelsvertragsunterhandlungen mit dem Auslande notwendig brauche. Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements und Sprecher des Bundesrates erklärte, daß der Bundesrat geneigt sein werde, Positionen des neuen Zolltarifs, der zum Schutz der nationalen Produktion geschaffen wurde, herabzusetzen, wenn sie schon, wie er ebenfalls zugab, das Minimum des Schutzes bedeuten, könnten damit für unsere in der Hauptsache darniederliegende Exportindustrie Absatzgebiete erhandelt werden. Herr Dr. Laur, der Bauernsekretär, beharrte im Gegensatz dazu mit aller Entschiedenheit darauf, daß dem Zolltarif auf keinen Fall der Charakter des unbedingten Gebrauchszolltarifs geraubt werde; er wandte sich gegen die Tendenz, den Gebrauchszolltarif zu einem Kampfzolltarif umzudeuten.

Aus den Reden am Winterthurer Volkstage könnten noch mehrere Widersprüche hervorgehoben werden; wir versparen uns diese Nachlese auf später und möchten hier nur mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen schließen:

Wer unbedingter Anhänger des Freihandels ist, kämpft für Niederlegung der wirtschaftlichen Grenzen. Die freie ungehinderte Weltwirtschaft ist sein Endziel. Vielleicht der Freihandel im Gebiete des Völkerbundes oder Europas! Wird dem Staate aber sein Fundament, die nationale Wirtschaft genommen, diktiert das Ausland alle Preise auf den schweizerischen Märkten, werden Erwerbszweige, wie die Landwirtschaft, dem Phantom des Freihandels geopfert, dann fallen auch die politischen Grenzen, dann überschwemmt das Fremde die Heimat, dann ist die Schweiz gewesen. Und wenn nur der Bauer allein heute den Schutz Zoll verlangen sollte, wenn er allein eine Abkehr vom Freihandel verlangen würde, wir müßten Schutzzöllner werden — denn ohne die Exportindustrie, ohne den Sticker und Uhrenarbeiter ist der eidgenössische Staat wohl denkbar, ohne Bauer aber nicht. Wer bauernfeindliche Politik in der Schweiz betreibt, der betreibt staatsfeindliche Politik.

Und Bundespräsident Schultheß hat Recht, wenn er die Forderung des absoluten Freihandels für die Schweiz, heute, wo alle Staaten um uns zum verschärfsten Schutz Zoll übergegangen sind, als Aufforderung zum Selbstmord bezeichnete. Und ebenfalls hat er Recht, wenn er die Forderung der Verfasser der sog. „Zollinitiative“, die zukünftige Zollpolitik in der Bundesverfassung festzulegen, als ein Unding erklärte.

* * *

Von der Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf ist nicht viel zu berichten, was faktisch von besonderer Bedeutung nach der Richtung des rein Sachlichen wäre. Persönlich haben wir Schweizer allerdings wieder einige Erfahrungen machen können. Einmal bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbundsversammlung. Herr Ador ließ sich von der französischen Delegation als Kandidat für den Präsidentenposten vorschlagen. Dieser Vorschlag bedeutete eine gewollte Demütigung für die Schweiz. Denn, wenn man schon einen Schweizer zum Präsidenten haben wollte, so wäre der erste Delegierte, Herr Bundesrat Motta, der die schweizerische Delegation als Mitglied des Bundesrates und Vorstehers des Departements des Auswärtigen mitinstruiert, der gegebene Mann gewesen. Man konnte Herrn Bundesrat Motta nicht zumuten, daß er sich von einem nachgeordneten Mitglied der Delegation „präsidieren“ ließ. Auf alle Fälle wäre es ein Gebot elementarster internationaler Höflichkeit gewesen, wenn die Franzosen vor Aufstellung der Kandidatur Ador mit dem Bundesrat sich verständigt hätten, mit dem Bundesrat in Fühlung getreten wären.

Gewählt wurde, auf den Einspruch des Bundesrates hin, Herr Ador nicht, sondern der holländische Delegierte Karnebeek. Aber, als es galt, ein schweizerisches Mitglied in den „Internationalen Gerichtshof“ zu wählen, schlugen die dankbaren Franzosen wiederum den Ritter der französischen Ehrenlegion Ador vor, der dann allerdings für gut fand, die Kandidatur auszuschlagen, so daß nach mühseligen und peinlichen Wahlverhandlungen endlich die Wahl Herrn Prof. Max Hubers als Vertreter der Schweiz in den Gerichtshof gelang.

Die vermitteltst allerlei Intrigen über Paris und Lissabon erfolgte Wahl Adors zum Ehrenpräsidenten der Völkerbundsversammlung bezeichnete die Suisse libérale des aufrichtigen Herrn de Dardel als „la vengeance de Mr. Gustave Ador“. Die Franzosen bemühten sich um Herrn Ador, als ob er tatsächlich ein viertes Mitglied der französischen Delegation wäre. Nun muß ja zugegeben werden, daß Herr Ador in der Zonenfrage, in der Völkerbundsfrage, während seiner Amtszeit als Bundesrat alles getan hat, um Frankreich nach Möglichkeit entgegenzukommen. Als er sich zum Ehrenvorsitzenden der Völkerbundsversammlung wählen ließ, hat er sich auf eine Art und Weise gerächt, wie er sich schon einmal gerächt hatte — und wie sich beleidigte Eitelkeit zu rächen pflegt — als er s. Zt. auf das Nationalratsmandat verzichtete, die Bundesverfassung tatsächlich mißachtete, um das Ehrenlegionsbändchen des geliebten Frankreichs behalten zu dürfen.

Es muß hier ausgesprochen werden, was Tausende von Eidgenossen denken und was man auf Weg und Steg in der deutschen Schweiz hört — die Wahl dieses Mannes in den Bundesrat war ein Mißgriff, seine Tätigkeit als Bundesrat hat — ob dies Ador beabsichtigte oder nicht, kommt gar nicht in Betracht, wir nehmen gerne an, daß er das Beste wollte — dem Vaterlande geschadet und es wird unabwendbar sein, daß Herr Ador künftig der schweizerischen Delegation in der Völkerbundsversammlung nicht mehr angehören kann, soll die schweizerische Außenpolitik nicht um ihren Kredit kommen, den sie durch die gute Haltung des Herrn Motta in Genf wieder erworben hat.

* * *

Ein nettes Stück nationaler Würdelosigkeit leistet sich die „Schweizerische Gesellschaft für Weinimport“. Der französische Moniteur vinicole publiziert in

seiner Ausgabe vom 10. August 1921 die Abschrift eines Briefes dieser Gesellschaft an die französische Winzervereinigung. In diesem Briefe machen die Schweizerischen Weinimporteure auf die Erhöhung des Schweizerischen Weinzolles aufmerksam. Sie fordern die Franzosen auf, gegen die Zollmaßnahmen der Schweizerischen Regierung recht kräftig Verwahrung einzulegen, desgleichen werden die Franzosen freundlich ersucht, durch regelmäßige Bearbeitung der Presse und durch Volksversammlungen die Schweizerischen Zollmaßnahmen zu bekämpfen. Das Größte aber sind die Schlußfolgerungen dieses Schreibens, nach denen es notwendig sei, daß die Regierungen von Spanien und Frankreich einen Druck auf den Schweizerischen Bundesrat ausüben, damit auf den Herbst die Schweizerischen Weinzölle auf französische und spanische Weine heruntergesetzt werden (wohl durch Sperrung des Absatzgebietes für unsere Exportindustrie!). Ein gleichlautendes Schreiben wurde an die italienischen und spanischen Weinbauernvereinigungen und Weinhändlervereine gesandt.

Aus dem Schreiben dieser schlechten Schweizer und geschäftstüchtigen Weinhändler ersieht man mit erschrecklicher Deutlichkeit, wie der Sinn für nationalen Anstand in einzelnen Wirtschaftsgruppen geschwunden ist.

* * *

Der Betttag ist still und mit verhaltener herbstlicher Schwermut in's Land gezogen. Der laute Tingeltangellärm der Großstadt ruhte, das Volk auf dem Lande und in den Städten feierte den eidg. Buß-, Dank- und Betttag in stiller Würde. Unser Volk hängt am Betttag. Es hat zu ihm ein näheres Verhältnis als zum künstlichen Fest des 1. August. Es steht gut für die Demokratie, für die Republik, wenn der souveräne Bürger vor dem Gott der Väter die Knie beugt. Wer Gott fürchtet, der fürchtet nicht die illegalen Gewalten, die sich üppig spreizen im Vaterlande. Die religiöse Gesinnung allein kann die Masse des Volkes vor der Gefahr bewahren, in den Sumpf der Erwerbs- und Genußsucht zu versinken. Unser Volk war wehrhaft, schlagfertig, tüchtig und angesehen, als Gott der Herr als einziger Herr anerkannt wurde. Der Betttag ist ein Stück der alten Schweiz, das wir erhalten wollen.

Am Betttag 1921.

Hans Zoppi.

Pflichten im Völkerbund.

„Der Rat hält darauf, die Aufmerksamkeit des Schweizerischen Abgeordneten auf die Wichtigkeit der Frage zu lenken, weil es sich um die jedem Mitglied des Völkerbundes obliegende Pflicht handelt, dem Rat bei seinen Anstrengungen zur Schlichtung der Streitigkeiten und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens seinen Beistand zu leisten.“

Erklärung Leon Bourgeois' im Namen des Rates auf der Ratsitzung vom 26. Februar 1921 bei Behandlung der Truppendurchzugsfrage durch die Schweiz.

Weltpolitische Betrachtung.

Durch die Friedensverträge der Pariser Friedenskonferenz von 1919 ist die politische und wirtschaftliche Ordnung, in der wir heute und künftig leben, geschaffen worden. Sofern es sich um die politische und wirtschaftliche Ordnung des europäischen Festlandes handelt, ist diese Ordnung im besonderen der Ausdruck französischen Willens. Dieses Wollen — die Absicht der französischen Politik — geht, wie Keynes es in seinem bekannten Buch kennzeichnet, dahin, „Deutschlands Bevölkerung zu beschränken und sein Wirtschaftssystem zu schwächen; die Uhr zurückzustellen und ungeschehen zu machen, was der Fortschritt Deutschlands seit 1870 vollbracht hatte“. Die hauptsächlichsten im Versailler Friedensvertrag angewandten Mittel dazu sind die Verminderung der Bevölkerung „durch Gebietsverluste und andere Maßnahmen“ und die Zerstörung des deutschen Wirtschaftssystems, des „Riesenbaus von Eisen, Kohle und Verkehrsmitteln“.

Es wäre äußerst zweckmäßig, wenn man das Objekt, an dem sich diese Absicht der französischen Politik heute verwirklicht, etwas mehr unter diesem Gesichtspunkte betrachten würde. Deutschland macht gegenwärtig wieder einmal ein besonders akutes Stadium des inneren Kampfes, in dem es sich nun seit bald drei Jahren windet, durch. Unter den Schlagworten Republik oder Monarchie bekämpfen sich seine Volksangehörigen mit einer Bitterkeit, wie sie kaum jemals einem äußeren Feind gegenüber zum Ausdruck gekommen ist. Und doch geht in Wirklichkeit der innere Kampf in Deutschland um etwas ganz anderes als nur um Republik oder Monarchie. Das Äußerliche der Staatsform steht nur in loser und nicht einmal notwendiger Verbindung mit dem Kampf, in dem Deutschland nach außen steht. Dessen ist man sich nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland selbst nicht überall genügend bewußt.

Daß Frankreich den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete verlangt, ist nichts als billig. Das Recht dazu wird ihm niemand in der ganzen Welt abstreiten. Dadurch, daß es durch Amerikas Beteiligung am Kriege auf Seite der Sieger gekommen ist, besitzt es auch die Macht, seinem Recht Nachachtung zu verschaffen. Frankreich will aber, und darin verrät es eine falsche Beurteilung seiner eigenen Kräfte, mehr als nur den Wiederaufbau des durch den Krieg Zerstörten: Es will die Zerstörung Deutschlands, um auf Deutschlands wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht seine Hegemonie über Europa aufzurichten. Der kleinbürgerlich beschränkte politische Spießer wird Frankreich darob den Vorwurf des Imperialismus machen. Die Weltpolitik aber wird bedingt durch lebendige Urkräfte, nicht durch sekundäre moralische Wertungen. Ueber die Berechtigung des französischen Imperialismus entscheidet daher einzig und allein das Verhältnis, in dem die lebendigen Kräfte der europäischen Völker zueinander stehen und nicht moralische Erwägungen. Der Erkenntnis dieses Kräfteverhältnisses verschließt sich allerdings heute Frankreich. Frankreich überschätzt die Bedeutung seines „Sieges“. Es hat im Kriege einen solchen Kräfteverlust erlitten, daß es trotz des durch Amerika erfochtenen Sieges zu den Besiegten gehört. Dieser Einsicht ist zwar schon mehrmals durch den Mund seiner Staatsmänner Ausdruck gegeben worden, aber es wird ihr stets der Fehlschluß angehängt: die Lage Frankreichs ist heute die eines besiegten Landes; da es aber doch zu den Siegern gehört, d. h. weil ihm durch den Wortbruch der 14 Punkte und Amerikas politisches Versagen in Paris die militärische

Allmacht über die Besiegten verschafft worden ist, muß es nachträglich aus den Besiegten so viel herauspressen, daß es sich damit die Stellung eines Siegers schaffen kann. Frankreich hat bisher folgerichtig diesem Gedankengang nachgelebt. Nur hat sich auch hier die Natur der Dinge stärker erwiesen als alle gedankliche Konstruktion. Die Aufrechterhaltung der militärischen Hegemonie kostet Frankreich ungeheure Summen. Es muß Polen militärisch stark erhalten, in den von seinen Gnaden lebenden Ländern der Kleinen Entente zum Rechten sehen, im Rheinland seine Riesenarmee stehen haben. Einzig das zilizische Abenteuer hat es unter dem Zwang der Not aufgegeben. So bleiben ihm keine Mittel zum Aufbau des eigenen Landes, insbesondere der zerstörten Gebiete. Diese Mittel soll nun Deutschland beschaffen. Aber Deutschland wird selbst durch die Bestimmungen des Friedensvertrages, auf Grund deren Frankreich emporsteigen und Deutschland niedersinken soll — Saar, Oberschlesien, Rheinlande usw. — in seinem Wirtschaftsleben im Kern getroffen. Es kann nicht zahlen, was Frankreich für seinen Wiederaufbau braucht, weil Frankreich ihm gleichzeitig, um es zu schwächen, lebenswichtige Glieder aus seinem Wirtschaftskörper herausreißt, und weil Frankreich selbst die eigenen Mittel, anstatt für den Wiederaufbau für die unproduktive Durchführung der Zerstörung der deutschen Wirtschaft verwendet. Darum ist der Schluß, den Frankreich aus der Einsicht in seine Lage eines Besiegten zieht, ein Fehlschluß: Es kann sich nicht dadurch, daß es seinen Mangel an genügend eigenen Kräften durch erpreßte Kräftezufuhr aus Deutschland auszugleichen trachtet, selbst in eine bessere politische und wirtschaftliche Stellung bringen, als sie seinem wirklichen Kräftezustand entspricht. Die Folge dieser Politik wird bloß ein immer weiter fortschreitendes Verarmen seines Schuldners, und mit dessen schwindender Verbrauchs- und Kaufkraft ein ebenfalls fortschreitendes Verarmen der an sich unbeteiligten anderen Länder, und, wenn Deutschland ganz verarmt und verlumpt ist, ein finanzieller und wirtschaftlicher Zusammenbruch des eigenen Landes sein. Aus diesem Zirkel gibt es keinen Ausweg. Der unaufhaltsame Niedergang des Wirtschaftslebens in den letzten Jahren seit dem Wirksamwerden der Bestimmungen des Versailler Vertrages läßt vorausahnen, wo wir unter der Einwirkung der im Versailler Vertrag niedergelegten französischen Politik schließlich landen werden. Aus diesem Grunde, weil er nicht auf einem Ueberschuß eigener Kraft, sondern nur auf Grund der Hemmung anderer Kräfte, der Vernichtung anderer Werte, der Zerstörung blühenden Wirtschaftslebens zur Geltung kommen kann, ist der französische Imperialismus unberechtigt. Und unhaltbar ist er, weil Frankreich, selbst zu schwer geschädigt, zur Aufrechterhaltung seiner Hegemoniestellung gerade derjenigen Kräfte bedarf, die es zerstören muß, wenn es diese Hegemoniestellung unbestritten behaupten will.

Gegen diese Katastrophenpolitik, die Europa gänzlicher Verarmung und Entvölkerung entgegenführt — mit dem unvermeidlichen Niedergang unserer schweizerischen Exportindustrie infolge der allgemein schwindenden Kaufkraft werden weite schweizerische Volksschichten zur Auswanderung oder wie früher zu fremden Soldaten gezwungen werden, weil das Land sie nicht mehr zu ernähren vermag — regt sich in dem am unmittelbarsten davon betroffenen Objekt Widerstand. Mehr und mehr erwacht in einzelnen Teilen des nach dem Waffenstillstand chaotisch zerwühlten deutschen Volkes wieder ein ungebrochener, seines Wertes und der Bedeutung Deutschlands für ein geordnetes und gedeihliches Völkerleben bewußter Wille. Während breite Volksmassen immer noch, in Unkenntnis der weltpolitischen Zusammenhänge

und in innerer und äußerer Zermürbtheit und nur auf die Stillung der dringendsten augenblicklichen Lebensbedürfnisse gerichtetem Streben der Not und dem Glend glauben entrinnen zu können, wenn sie willenlos erfüllen, was Frankreich von Deutschland fordert, ist dort die Einsicht wach in die Notwendigkeit, wieder des eigenen Schicksals Schmied zu werden. Und entsprechend hier unbedachte Hingabe und Selbstaufopferung, ohne die geringste Aussicht, dadurch sich selbst und den andern Völkern aus Not und Leid zu helfen; dort entschlossenster Widerstand gegen die Vernichtung des eigenen Selbst und volles Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk und der Welt. An dieser Stelle liegt die Schnittfläche, die Deutschland in zwei Lager trennt; in diesen gegensätzlichen Anschauungen und Willensstrebungen der tiefere Sinn des inneren Kampfes, der seit bald 3 Jahren Deutschland zerrüttet. Wie sagt Dante so schön: „Hinsichtlich des Staates ist klar, daß die, welche stark im Verstande sind, den Vorzug verdienen vor denen, die schwach in ihm sind.“ Wie viel gute Absicht und festes Wollen mag bei denen vorhanden sein, die glauben, der Welt und sich selbst am besten durch den Verzicht auf eigenen politischen Willen zu dienen; und die doch mit ihrer politischen Willenlosigkeit nur noch die allgemeine Verwirrung vermehren. Wer im unbestrittenen Besitz der Macht ist, kann auf den Gebrauch von Macht verzichten. Wer im Kampfe steht und kämpft nicht, geht unter, ohne jemandem dadurch zu nützen. Wer leben will, muß kämpfen. Ohne politischen Willen keine Selbständigkeit. Ohne Selbständigkeit keine freie Tat.

Parallel diesem Kampfe um Deutschlands Sein oder Nichtsein nach außen geht der Kampf um die Staatsform im inneren, um Republik oder Monarchie. Diejenige Staatsform wird den schließlichen Sieg davon tragen, deren Partei den Widerstand gegen die Selbstvernichtung auf ihre Fahnen schreibt. Welche es sein wird, steht heute noch nicht fest. Fest steht nur, daß jedes Volk diejenige Staatsform hat, die ihm am besten dient. Es steht nämlich nicht — wie das heute vielerorts angenommen wird — in den Sternen geschrieben, welche Staatsform die alleinrichtige und überhaupt beste sei. Jedes Volk erkämpft sich diejenige Staatsform, die es braucht. Einzig und allein von der ihr innewohnenden Tüchtigkeit und Zweckmäßigkeit hängt das schließliche Schicksal einer bestimmten Staatsform ab. Allerdings nur das schließliche. Denn zwischenhinein können die Verhältnisse mancherlei Rückschläge, Uebergänge und Zwischenformen notwendig machen.

Diesem Umstand, daß der innere Kampf in Deutschland nicht in erster Linie um Republik oder Monarchie geht, vor allem nicht zu gehen braucht, wird im Ausland, das an Deutschlands Schicksal in sehr hohem Maße interessiert ist, meist viel zu wenig Rechnung getragen. Frankreich allerdings verrät hier seinen untrüglichen politischen Instinkt, indem es in Deutschland diejenige Partei unterstützt, die der von ihm Deutschland gegenüber verfolgten Politik den geringeren Widerstand entgegensetzt und überhaupt Deutschland weniger machtvoll werden läßt. Heute ist das zweifellos die Republik. Setzt aber die Republik der französischen Vernichtungspolitik einmal ebenso starken Widerstand entgegen und macht Deutschland noch stärker und widerstandsfähiger als ehemals die Monarchie, dann wird Frankreich die Monarchie unterstützen. Auch in Rußland ist Frankreich die Hauptstütze der Gegenrevolution. Das übrige Ausland außer Frankreich, insbesondere die von Deutschlands Gedeih oder Verderb unmittelbar berührten europäischen Staaten, haben ein Interesse daran, daß Deutschlands Kampf um seine

Selbsterhaltung nicht im Kampf um diese oder jene Staatsform aufgeht. Es ist für Frankreich, nicht aber für das übrige Europa von Vorteil, den Kampf der Parteien in Deutschland durch einseitige Parteiergreifung zu gunsten der einen oder andern Partei schüren und verschärfen und damit Deutschlands Ohnmacht vertiefen zu helfen. Heute, wo Amerika, der Hauptschuldige an der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Europa (indem es Frankreich zu seiner militärischen Allmacht verhalf), durch den Gegensatz zu Japan von den europäischen Angelegenheiten ferngehalten ist, wo England, durch Irland, Indien, Ägypten und viel anderes in Anspruch genommen, seinem eigene Wege gehenden festländischen Bundesgenossen Frankreich nicht mehr Meister wird, muß Europa sein Augenmerk darauf richten, daß das Hauptobjekt der französischen Politik, Deutschland selbst mehr und mehr wieder zum Widerstand gegen die das europäische Wirtschaftsleben dem Zerfall zuführenden Tendenzen dieser Politik fähig wird. Nachdem Jahre lang immer nur auf Frankreichs, durch seine schweren Kriegsleiden verständliche Geistesverfassung Rücksicht genommen worden ist, muß sich jetzt endlich die Aufmerksamkeit auch der deutschen Geistesverfassung zuwenden, die der Rücksichtnahme und des liebevollen Eingehens ebenso sehr bedarf wie jemals die französische. Diese kurzlichtige, unselbständige, meist nur dem französischen Verhalten nachgeäffte Parteinahme und Einmischung in den deutschen Parteihader, wie wir sie gerade bei uns in der Schweiz so häufig beobachten können, beweist alles eher als Rücksichtnahme und Verständnis für Deutschlands wirkliche Lage. Wenn aber Europa nicht gänzlicher Verarmung und Entvölkerung entgegengehen will, ist es endlich an der Zeit, daß sich seine Völker darauf besinnen, was Not tut und wo angelehrt werden muß, wenn Abhilfe und Besserung kommen soll.

* * *

Unterdessen tagt in Genf die zweite Versammlung des Versailler Völkerbundes, dessen Aufgabe gerade darin besteht, auf dem europäischen Festland die französische Vernichtungspolitik durchzuführen zu helfen (Saar, Oberschlesien, Garantieklausel des Art. 10 usw.) und wobei er die getreuliche Unterstützung von Mittel- und Kleinstaaten findet, die, ohne durch einen Gewinn aus den Friedensverträgen an die französische Politik gebunden zu sein — die Schweiz beispielsweise ist durch Art. 435 betreffs Savoyer Neutralität und Genferfreizonen nur durch einen Verlust mit dem Friedensvertrag verknüpft — doch dieser französischen Politik, die dessen zu ihrer Aufrechterhaltung dringend bedarf, Vorspann leisten. Daß sich dabei in Genf auch wohlmeinende Absicht und aufrichtige Besorgnis um die Zukunft zusammensind, ist nicht zu leugnen. Nur macht schon die funterbunte Zusammensetzung der Versammlung aus Vertretern aller Erdteile und Länder, die außer ihrer dekorativen Wirkung keinen praktischen Zweck hat, jedes politische Handeln unmöglich. Und außerdem, und das ist das ausschlaggebende, ist außer im Räte, der nur die linke Hand des Obersten Rates ist und dementsprechend die Politik der vier Großmächte England, Frankreich, Japan und Italien zu verfolgen hat, kein wirklicher selbständiger politischer Wille vorhanden. Eine Revision der unhaltbaren politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Europa durch den Versailler Völkerbund ist darum ein für alle Mal ausgeschlossen und die Lösungen kleinerer, im Gefolge der Friedensverträge auftretender Fragen, die der Völkerbund jeweilen unter großem Selbstlob zustande bringt, wiegen bei weitem nicht den Schaden auf, den der Versailler Völkerbund als Ausführungs- und Sicherungsinstrument der in den Pariser Friedensverträgen niedergelegten Vernichtungspolitik anrichtet.

Hans Dehler.

Das russische Hilfswerk.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Wie uns aus Helsingfors mitgeteilt wird, ist die Entgegennahme individueller Pakete für bestimmte russische Gelehrte durch die „Finnländische Akademische Kommission zur Unterstützung russischer Gelehrter“ zeitweilig eingestellt worden. Dagegen werden Beiträge für den allgemeinen Unterstützungsfonds, wie bisher, in Geld und Naturalien entgegengenommen und nach Petersburg befördert (s. die Julinummer der Schweizerischen Monatshefte).

Es ist unbestritten, daß in Rußland eine Hungersnot ausgebrochen ist, die ein Gebiet mit etwa 20 Millionen Einwohnern betrifft. Wäre es nun nicht nahelegend anzunehmen, daß alle, die genug zu essen haben, sich zusammentun, um den Hungernden zu helfen? Und sollte dies nicht umso freudiger getan werden, als sich hiermit eine Gelegenheit bietet, die Verbindungsfäden zwischen der östlichen und westlichen Hälfte Europas in gutem Sinne wieder aufzunehmen, — eine Verbindung, welche nun einmal von der Natur, von Geographie und Geschichte gewollt ist und ohne welche schließlich beide Teile zugrunde gehen müssen?

Doch die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild. Von der Tagespresse setzt sich der größere Teil nicht für die Hungernden ein — gerade derjenige Teil, welcher sich seit Jahr und Tag nicht darin genug tun kann, die Lage in Rußland in den schwärzesten Farben auszumalen; umgekehrt wirbt für die Hungernden gerade der kleinere Teil der Zeitungen, welcher die Lage seit Jahr und Tag übertrieben rosig darstellte. Und was wir sonst in den Zeitungen über die Hungersnot und über Hilfsaktionen lesen, — also dasjenige, was die bekannten Quellen in Helsingfors, Riga und Paris liefern, — ist so ausgesucht widerspruchsvoll, daß es den Eindruck erweckt, man habe es in diesem Falle ganz besonders darauf abgesehen, daß kein Mensch daraus klug werden könne. Doch gehen wir weiter. Der Präsident des Roten Kreuzes, der vor der Genfer Tagung das menschliche Wort gefunden hatte, es dürfe keine Zeit mit Diskussionen verloren werden, man müsse rasch ans Werk gehen, — er scheint inzwischen anderen Sinnes geworden zu sein, denn davon, daß er eine werbende Tätigkeit im Sinne jener Worte entfaltet, ist nichts zu sehen. Die Genfer Versammlung selbst, welche von ihrem Delegierten Herrn Nansen den Bericht empfing, er habe die Verhältnisse an Ort und Stelle geprüft, das Hilfswerk sei technisch ausführbar, auch die gewünschten Garantien habe er erhalten, es dürfe aber keine Zeit verloren werden, da das im Spätherbst bevorstehende Zufrieren der Wolga den Transport erschweren könnte, er beantrage also, eine Kommission mit der Ausarbeitung praktischer Vorschläge zu betrauen, — die Versammlung findet plötzlich, die Frage müsse erst studiert werden und zu diesem Zweck sei eine Kommission nach Rußland zu entsenden, an der Spitze dieser Kommission aber könne niemand anderes stehen als ein Herr Moulens. Die Engländer erklären in ihren Zeitungen, sie trügen keinerlei Verantwortung für die Wahl des Herrn Moulens zum Präsidenten der „Untersuchungskommission“. Herr Nansen — wie wenn er seine eigene Tätigkeit desavouieren wollte — telegraphiert nach Paris, er finde eine Untersuchungskommission für notwendig. Schließlich tritt nach vielem Hin und Her die Untersuchungskommission des Herrn Moulens in den Hintergrund; gemäß dem ursprünglichen Vorschlag des Herrn Nansen betraut die Genfer Versammlung eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Projektes praktischer Maßnahmen.

Wer sich in diesem Wirrwarr zurechtfinden will, darf eines nicht aus dem Auge verlieren: Herr Nansen hat erklärt, die technische Möglichkeit der Hilfeleistung sei vorhanden und er habe die von seinen Auftraggebern gewünschten Garantien erhalten (tatsächlich ist ja auch eine amerikanische Hilfsorganisation, die gleichfalls vorher die Möglichkeiten studiert und sich Garantien verschafft hatte, bereits an Ort und Stelle und verteilt Lebensmittel, und eine deutsche ärztliche Mission befindet sich unterwegs). Was könnte also noch das Thema einer Untersuchung bilden? Offenbar nur dieses: 1. die Ursachen der Hungerkatastrophe, 2. die wirtschaftliche, politische und militärische Lage Rußlands im Allgemeinen. Nun sind dies gewiß Themen, welche eine Untersuchung lohnen, aber nicht Fragen, wegen deren Studium das Hilfswerk aufzuschieben wäre. In welchem Sinne aber wäre Herr Moulens

der einzig geeignete Mann, um an der Spitze einer solchen Kommission in Rußland zu erscheinen?

Herr Noulens war während der russischen Revolution französischer Botschafter in Rußland, und er blieb auch während der Wirren des Jahres 1918 dort. Man erinnert sich seiner in Rußland sehr wohl, und man sieht in ihm — mit genügendem Grunde oder nicht, sei dahingestellt, kommt es doch hier nicht auf eine Würdigung des Herrn Noulens als solchen an — jemanden, der sich in aktiver Weise in den russischen Bürgerkrieg gemischt hat, und zwar in einem der jetzigen Regierung feindlichen Sinne. Von einem ersprießlichen Zusammenwirken mit dieser letzteren — und ohne faktisches Zusammenwirken ist ja das Hilfswerk nicht möglich — kann also im Falle, daß Herr Noulens Vermittler ist, nicht die Rede sein. Dies weiß man in England, wo die öffentliche Meinung besser unterrichtet zu sein pflegt als anderswo, und so erklärt sich das englische Ubrücken von Herrn Noulens. Doch dies wissen auch diejenigen, welche die Untersuchungskommission mit Herrn Noulens zur *conditio sine qua non* machten. Und hieraus ergibt sich: sie wollten die Hilfsaktion hintertreiben oder wenigstens verzögern.

Doch wie kam es, daß Herr Nansen die Notwendigkeit einer Untersuchungskommission anerkannte? Die Erklärung ist darin zu suchen, daß er im andern Falle das Hilfswerk überhaupt gefährdet sah. Der Plan der Untersuchungskommission mit Herrn Noulens an der Spitze ging auf eine Gruppe zurück, welche in der Genfer Versammlung — direkt und indirekt — über das Stimmenmehr verfügte. War nun auch Herr Noulens im Hinblick auf die Informiertheit der englischen öffentlichen Meinung unhaltbar geworden, so erheischte das Prestige jener Gruppe jedenfalls eine prinzipielle Anerkennung der Notwendigkeit einer Untersuchungskommission.

Welchen Verlauf wird nun die Angelegenheit in der neuen, gemäß Herrn Nansens Vorschlag bestellten Spezialkommission nehmen? Dies ist schwer vorauszusehen. Fühlt sich die unveröhnliche Gruppe auch hier stark genug, so wird vielleicht wieder das Verlangen nach einer Untersuchungskommission, oder aber etwas anderes in den Vordergrund geschoben werden. Doch auch im anderen Falle könnte der Name „Untersuchungskommission“ wieder hervorgeholt werden, ja er könnte geradezu dazu dienen, um der veröhnlichen Gruppe den Rückzug zu erleichtern. Denn in Wirklichkeit kommt es nicht auf den Namen, sondern auf die Sache an. Besteht man darauf, ein Hilfswerk könne nicht eingeleitet werden, solange nicht eine Kommission Untersuchungen, Studien oder Forschungen angestellt habe, so zieht man die Angelegenheit ins Unbestimmte hinaus. Geht man dagegen langsam dazu über, unter der Untersuchungskommission ein Ueberwachungsorgan zu verstehen, so betritt man realen Boden; denn wenn bürgerliche Regierungen Lebensmittel in ein Land senden sollen, an dessen Spitze eine anderen Anschauungen huldigende Regierung steht, so ist es natürlich, daß sie den Wunsch haben, die Verteilung der Lebensmittel beaufsichtigen zu lassen. Tragisch wäre hierbei nur, daß der endlich gefundene reale Boden kein anderer wäre als der Boden der Garantien, welche Herr Nansen bereits von seinen Verhandlungen in Moskau zurückgebracht hat; man würde einen Kreislauf ausgeführt haben.

Schon der kleinere Kreislauf, den die Angelegenheit bisher — d. h. vom Bericht Herrn Nansens bis zur Einsetzung der Spezialkommission — durchgemacht hat, hat Tausende von Menschenleben gekostet. Hierüber kann kein Zweifel herrschen. Doch wie steht es mit dem politischen Ziel der Verzögerungsaktion, mit dem Wunsch, durch Vergrößern der Schwierigkeiten der gegenwärtigen russischen Regierung die innere Lage Rußlands in bestimmtem Sinne zu beeinflussen? Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Rückwirkung auf die Lage dieser Berechnung entsprechen dürfte. Die Tatsache, daß Amerika trotz der weiten Entfernung, Deutschland trotz seiner Armut hilft, während die in Genf tagende Gruppe zögert, kann nur dazu dienen, das in Rußland bereits vorhandene Mißtrauen gegen diese letztere zu schüren; ein solches Mißtrauen ist aber, wie die Periode der bewaffneten „Interventionen“ gezeigt hat, ein wichtiger Faktor des Zusammenschlusses einer bolschewistischen Regierung und eines an sich nicht bolschewistischen Volkes. Machiavellistisch könnte man also die Verzögerungsaktion nicht nennen, denn Machiavellismus ist Skrupel-

Losigkeit und Scharfblick in der Wahl der Mittel. Und übersieht man bei jener Berechnung nicht die Rückwirkung auf die Lage im eigenen Lande? Was ist gefährlicher für das Bestehen einer Staatsordnung, als wenn die regierenden Klassen sich bloßstellen? Und können die unteren Klassen es anders als eine Bloßstellung ansehen, wenn die über alle Mittel zur Hilfeleistung Verfügenden um gewisser Ziele willen damit zurückhalten, während sie, die Unbemittelten, ihr Möglichstes tun, um den Verhungern den beizustehen? Es mag paradox klingen, aber vielleicht wäre das beste Mittel, die Hydra des Klassenkampfes zu treffen und die bestehende Staatsordnung innerlich zu stärken, wenn die Regierenden in einem raschen großmütigen Entschluß ihre ganze Kraft daran setzten, die in Frage kommenden Untertanen der bolschewistischen Regierung vor dem Tode zu erretten.

Doch kehren wir von dieser Abschweifung zu den Aussichten des Hilfswerkes zurück, wie sie sich für die nächste Zukunft darstellen. Im Falle, daß die Angelegenheit auch im Stadium der Spezialkommission nicht vom Fleck kommt, ist es nicht unwahrscheinlich, daß England sich zu einem mehr oder weniger offiziellen separaten Hilfswerk entschließt. Jeder, der den Gang der Politik Englands verfolgt, wird beobachten haben, daß diese Macht, wenn sie auch zur Genfer-Versammlung gehört, ihre Entschlüsse unabhängig von dieser zu fassen pflegt. Wenn sie es darauf ansetzte, so könnte sie ebenso wie andere, oder vielleicht noch leichter, direkt und indirekt über das Stimmenmehr in der Genfer-Versammlung verfügen. Doch hat sie es nicht nötig, weil die für sie lebenswichtigen Fragen durchaus nicht in den Kompetenzbereich der Versammlung fallen. Speziell kommt noch in Betracht, daß die öffentliche Meinung in England, wenn man so sagen darf, klassenpolitisch nicht so verhezt ist, daß sie alles andere darüber aus dem Auge verliere; mag auch der bekannte Gegensatz dort bestehen, aber zugleich wahr man immer eine gewisse Kühle des Urteils; und in außerpolitischer Hinsicht ist man sich des Wertes, ja der Lebensnotwendigkeit guter Beziehungen mit Rußland klar bewußt. Nimmt man zu dem allem noch die bekannte englische Philanthropie, so erscheint es möglich, daß mit der Zeit eine selbständige Hilfsaktion von England ausgeht, wenn auch die Form der Aktion vielleicht, um die Genfer-Versammlung nicht zu brüskieren, eine nur halboffizielle sein dürfte. Und es ist wahrscheinlich, daß die Interessen Englands in diesem Falle durch das Verhalten der beiseite stehenden Mächte nur gefördert würden; denn beim Ausbleiben anderer Hilfe würde die englische umso mehr Eindruck machen.

Doch wie stände es im Falle, daß die Genfer Beratungen ergebnislos wären, mit der Schweiz? Auf eine halbwegs offizielle Hilfsaktion ist hier unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu zählen. Also muß, wenn die Schweiz nicht Gefahr laufen soll beiseite zu stehen, private Hilfe in die Bresche springen. Ein Schweizer, der es nicht in der Ordnung findet, daß in Europa Menschen vor Hunger umkommen, während bei ihm Ueberfluß herrscht, einer, der da wünscht, daß der Schweizername einen freudigen Widerhall finde in einem Lande, dem bei einer Neuordnung der europäischen Verhältnisse auf natürlicher Grundlage das entscheidende Wort zufallen wird, — ein solcher wird raschestens einen Beitrag zugunsten der Hungernden leisten. Aber an welche Adresse wird er ihn richten? Es sei hier darauf hingewiesen, daß, wie in einer Zeitungsnotiz beiläufig erwähnt wurde, das Schweizerische Rote Kreuz in Genf und auch die Liga der Rotkreuzgesellschaften ebenda, Beiträge zugunsten der Hungernden entgegennimmt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Organisation die ihr gesandten Beiträge sachgemäß verwenden wird, und es ist zu erwarten, daß sie, wenn sie ein spontanes Erwachen des Interesses für das Hilfswerk sieht, auch selbst in größeren Schwung kommt.

J. S.

Die Straßburger Universität.

Im Laufe des Sommersemesters haben die an den verschiedensten deutschen Universitäten bestehenden elsäß-lothringischen Studentenbünde Gedenkfeiern der deutschen Universität Straßburg, die im Jahre 1921 auf 300 Jahre hätte zurücksehen können, veranstaltet. In Freiburg i. Br. hat der berühmte Lehrer des römischen Rechts, Prof. Otto Lenel, der selbst zwei Jahrzehnte an der Straßburger Universität gewirkt hat, die Gedächtnisrede gehalten. Diese Rede liegt jetzt gedruckt vor: Die Universität Straßburg 1621—1921. Die Rede gibt ein lebensvolles, anschauliches Bild von der im Jahre 1621 gegründeten, in ihren Wurzeln jedoch bis auf das Jahr 1538, dem Gründungsjahr der „gelehrten Schule“ (heutiges Protestantisches Gymnasium), zurückgehenden Straßburger Hochschule. Es hat heute einen eigenen Reiz, zu sehen, wie das Ancien Régime in Frankreich bis zur französischen Revolution in dem Weiterbestehen des deutschen Grundcharakters der Universität nichts fand und damit aber auch ihr eine Hauptanziehung für Deutschland und das gesamte Ausland verlor. Der Rechtsgelehrte Koch und der Historiker Schöpflin waren in dieser Blütezeit der deutschen Universität im 18. Jahrhundert die Sterne erster Größe, zu deren Füßen unter andern auch Metternich und Montgelas saßen. „Gar mancher freilich wurde nicht allein durch den Zweck des Studiums nach Straßburg gezogen und dort festgehalten. Wir Deutsche denken dabei an die unvergängliche Schilderung, die unser Dichter von seiner Straßburger Zeit entworfen hat, jene Schilderung, die uns noch heute Straßburg und das Elsaß verklärt.“ Die französische Revolution hat dieser einzigartigen Schöpfung einer mit französischen Geistesinflüssen stark durchsetzten, von einer französischen Gesellschaft umgebenen Universität mit deutschem Grundcharakter und besonders Straßburger Einschlag ein Ende gemacht. Die Gründung Napoleons, die Akademie, war bedeutungslos, bis 1871 wieder die deutsche Hochschule in neuer Gestalt erstand und zu einer der ersten wissenschaftlichen Stätten des Kontinents wurde. Bezeichnend für den hohen Stand der wissenschaftlichen Institute der neuen Universität ist, daß einst der von Prof. Michaelis durch die Räume des archäologischen Instituts geführte große Bildhauer Rodin voll Entzückens dabei bekannte, daß in ganz Frankreich, auch Paris nicht ausgenommen, nichts ähnliches zu finden sei. Da begreift man, wie ein gut französisch gesinnter Elsässer, der aber aufrichtig und ehrlich genug war, die Dinge zu sehen wie sie waren, der kürzlich verstorbene Schriftsteller Henri Albert (Haug) mit schwerer Sorge nach dem Wiederfranzösischwerden der Zukunft entgegen sah, vor allem mit Hinblick auf die Universität. „Mir könnte bange werden“, äußerte er sich einem Mitarbeiter des „Elsässer“, dem früheren Chefredakteur dieses Blattes gegenüber, „wenn ich an unsere große Verantwortung denke! Die Universität muß ihr Prestige bewahren, es wird dabei um das Ansehen Frankreichs gehen in der Welt! In dem Maße, wie wir die Straßburger Universität auf ihrem Niveau werden halten können, werden unsere kulturellen Aktien steigen oder fallen Wollen Sie wissen, wie Straßburg zu helfen ist? Wenn es seine Tore weit öffnet! Wenn auf seinen Lehrkanzeln auch deutsch gelesen wird! Die Straßburger Universität wird international sein oder sie wird nicht sein! Und Straßburg wird ein großer Umschlagsplatz oder es versumpft in der Enge einer Provinzstadt.“ Interessant ist, daß gerade diese Idee Henri Alberts schon in einer Anregung enthalten war, die bei der Reichstagsdebatte um die Gründung der Universität von einer Seite gegeben wurde. Prof. Lenel erwähnt einen bei dieser Gelegenheit gestellten Antrag: „es sei zu erwägen, ob man der Anstalt nicht einen internationalen Charakter geben, eine Anzahl von Lehrstühlen mit ausgezeichneten deutschen und französischen Gelehrten doppelt besetzen und so einen friedlichen Wettstreit zwischen dem deutschen und dem französischen Geist eröffnen solle.“ So etwas konnte man 1871 im deutschen Reichstag sagen! Im Jahre 1919, nachdem man die Professoren, zum Teil unter schimpflichen Umständen, ausgetrieben, alles Deutsche gründlich beseitigt und nach Kräften schlecht gemacht hatte, war nicht die Atmosphäre vorhanden, um solche Gedanken zu verwirklichen, wie sie auch Henri Albert vertraulich geäußert hat. Wenn man sie jetzt wieder ausgegraben hat bei seinem Tode, so liegt darin auch ein Hinweis, daß die Entwicklung der Dinge ihm Recht gegeben, und die neue Schöpfung, die alles in den Schatten stellen sollte, was die Deutschen geschaffen, auf dem besten Wege ist, das Format der „Enge der Provinzstadt“ anzunehmen.